

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1,- eingetragene in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Zahlstellen-Anzeigen die 3 gepaltene Kolonnen-Zeile 50 J Geschäftsanzeigen werden nicht angenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von H. Vrey.

Druck von G. M. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Früll, Hannover. Redaktionschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaitraße 7, 2. Et. - Fernsprech-Anschluß 3002.

Bessere Instandhaltung der Fabriken.

Von den dazu berufenen Behörden sind in letzter Zeit mehrfache und wiederholte Aufforderungen ergangen, auf die Betriebs- und Unfallsicherheit der Fabriken größere Aufmerksamkeit zu verwenden. In einem Erlaß des Kriegsamtes heißt es, die starke Ausnutzung aller vorhandenen Maschinen, Werkzeuge und Gerätschaften bedinge eine verhältnismäßig starke Abnutzung. Es sei eine erste Pflicht der mit der Leitung der Betriebe betrauten Personen, ständig ein wachsames Auge auf den Zustand ihrer technischen Einrichtungen zu haben und die erforderlichen Ausbesserungsarbeiten rechtzeitig anzuordnen. Ein kleiner Eingriff zur rechten Zeit könne schweren, langwierigen Störungen im Betriebe vorbeugen. In eindringlicherer Form hat öfter das Reichsversicherungsamt auf die Notwendigkeit besserer Unfallverhütung hingewiesen. In einem Rundschreiben an die Unfallversicherungs-Vereine des Reichs prägt es das Wort von dem Menschen als lebendiger Wertquelle, dessen Schutz mehr ausgestellt werden müsse. Auch die bundesstaatlichen Ministerien für Handel und Gewerbe haben entsprechende Anregungen an die Gewerbeaufsicht ergehen lassen.

Wie dringend erforderlich Maßnahmen auf diesem Gebiete sind, zeigt uns die Unfallstatistik. Die verhältnismäßige Zahl der Unfälle nimmt ständig zu. So wuchs die Zahl aller Verletzten, für die im Laufe des Jahres Unfallanzeigen erstattet wurden, berechnet auf 1000 Vollarbeiter, von 45,9 im Jahre 1902 auf 54,6 im Jahre 1913 und 65,5 im Jahre 1916. Trotz Verminderung der Zahl der Versicherten vermehrte sich die Zahl der angemeldeten Verletzten weiter von 606 056 im Jahre 1916 auf 681 515 im Jahre 1917, die Zahl derjenigen Verletzten, für die erstmalig Entschädigung festgestellt werden mußte, von 103 184 auf 107 695. Die Unfallversicherung greift bekanntlich erst dann ein, wenn ein Verletzter durch die Folgen des Unfalles länger als 13 Wochen geschädigt ist. Während der Durchführung der Unfallversicherung, von 1885 bis 1917, wurden von den Berufsgenossenschaften 3 113 297 Unfallverletzten eine Entschädigung zugesprochen. In dieser Zahl sind 268 920 durch Unfall Geisteskräfte eingeschlossen. Ende des Jahres 1917 bezogen zusammen 1 100 108 Personen Bezüge auf Grund der Unfallversicherung.

Die Einzelberichte der Berufsgenossenschaften auf das Jahr 1917 geben kein erfreuliches Bild über die Unfallverhütung in den Betrieben. Bei der Sächsisch-Thüringischen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft vermehrte sich von 1916 zu 1917 die Zahl der Verletzten von 13 808 auf 15 986, die der darunter befindlichen weiblichen von 1825 auf 3223. In dem Bericht heißt es: „Durch Erledigung einiger Heeresaufträge war den Unfallverhütungsvorschriften nicht überall die Bedeutung beigelegt worden, die im Interesse eines ausreichenden Arbeiterschutzes geboten erschien.“ Bei der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie vermehrte sich die Unfälle von 14 908 im Jahre 1916 auf 21 726 im Jahre 1917, die der Todesfälle von 389 auf 561. „Die in den Betrieben anzutreffenden Mängel“, so heißt es, „waren oft sehr erheblich. Die durch die Kriegsverhältnisse bedingte Materialknappheit und die Lieferfristen veranlaßten die Maschinenfabrikanten sowohl wie die Unternehmer, von der Abminderung der Schutzvorschriften abzusehen. Der Personalmangel ließ auch in zahlreichen Fällen die Fristen für die regelmäßigen Untersuchungen prüfungspflichtiger Einrichtungen nicht einhalten.“ Bei der Sächsischen Textil-Berufsgenossenschaft vermehrte sich trotz Abnahme der Versicherten um 16 000 die gemeldeten Unfälle von 1293 auf 1690. „Der Charakter der Verletzungen ist ein völlig anderer geworden, und mit der allmählichen Umänderung der Betriebe ist eine erhöhte Unfallgefahr eingetreten.“ Bei der Nahrungsmittel-Berufsgenossenschaft stieg die Zahl der Unfälle von 5994 auf 6535, bei der Lederindustrie-Berufsgenossenschaft von 2375 auf 2617, der Sektion II der Knappschaffs-Berufsgenossenschaft von 5189 auf 6488 (darunter die Todesfälle von 1125 auf 1474), der Ziegelei-Berufsgenossenschaft trotz Abnahme der Zahl der Versicherten um 10 000 von 2583 auf 2688 usw. Als Gründe werden noch angegeben die Beschäftigung ungeübter, insbesondere weiblicher und jugendlicher Personen an gefährlichen Maschinen, der Mangel an Aufsichtspersonal, das Unterbleiben selbst dringender Reparaturen, das Fehlen von Schmierölen, die häufige Über- und Nachtarbeit usw. Nicht selten wird aber auch die Objektivität erfordert, das ebenfalls festzustellen — den Arbeitern selbst ein Teil der Schuld an der Zunahme der Unfälle zugeföhrt. Sie seien den Unfallverhütungseinrichtungen gegenüber gleichgültig, besitzten häufig eigenmächtig die vorhandenen Schutzvorrichtungen, achteten nicht auf Anordnungen zu ihrer Sicherheit usw. Häufig dürften diese Behauptungen begründet sein.

Die Unfallverhütung ist gegenwärtig in der Hauptsache den Berufsgenossenschaften übertragen. Da diese die Körperlichkeiten der Unternehmer zur Durchführung der Unfallversicherung sind, ist die Einrichtung etwas widerwärtig. Die Unternehmer werden nicht gern Maßnahmen ergreifen, die sie selbst betreffen. Von den bestehenden 68 gewerblichen Berufsgenossenschaften hatten Ende 1917 nur 64 die Anstellung technischer Aufsichtsbereiter zur Überwachung der Betriebe vorgezogen. Insgesamt waren ihrer 394 vorgezogen. Bei den 49 landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften sind nur 65 solcher Beamten angestellt. Ein großer Teil der Auf-

sichtsbereiten ist aber zum Heeresdienst eingezogen, und viele Berufsgenossenschaften besitzen zur Zeit überhaupt keinen solchen. Die von den Aufsichtsbereiten nachgewiesenen Revisionstage verminderten sich von 63 480 im Jahre 1912 auf 35 145 im Jahre 1916. Die im besonderen auf die Betriebsbesichtigungen entfallenden Tage nahmen in derselben Zeit von 46 507 auf 25 363 Tage ab. Die übrige Zeit verbrachten die Aufsichtsbereiten mit andern Dienstgeschäften, die man ihnen leider auferlegt hat, wie die Lohnbuchprüfungen, die Beaufsichtigung der Rentenempfänger usw. Am verhältnismäßig besten ist die Betriebsüberwachung noch im Baugewerbe durchgeführt. Bei den Baugewerks-Berufsgenossenschaften und der Tiefbau-Berufsgenossenschaft sind insgesamt von den als revisionsbedürftig im Jahre 1916 nachgewiesenen 41 047 Betrieben 67 127 Besichtigungen ausgeführt worden. Bei den übrigen gewerblichen Berufsgenossenschaften sind von 570 499 als vorhanden nachgemeldeten Betrieben nur 53 482 besichtigt worden. Das sind noch nicht einmal 10 v. H. Vor dem Kriege waren es immer rund 20 v. H.

Der § 875 der Reichsversicherungsordnung läßt zu, daß als Aufsichtsbereite auch Personen angestellt werden können, die früher den verordneten Betrieben als Arbeiter angehört haben. Trotz verschiedener Anregungen von Gewerkschaften an die Berufsgenossenschaften ist bisher in keinem einzigen Falle davon Gebrauch gemacht worden, obgleich bei dem Mangel an technischen Aufsichtsbereiten reichliche Notwendigkeit dazu vorlag. Das Reichsversicherungsamt, das diesbezüglich schon im Wege der Beschwerde angerufen wurde, hat sich in diesem Punkte direkt ablehnend verhalten. Auch der Reichstag ist in dieser Frage schon im Wege der Petition angegangen worden, bisher aber ohne Erfolg.

Nach § 857 der Reichsversicherungsordnung sollen die Vertreter der Versicherten bei den einzelnen Berufsgenossenschaften zur Beratung der Unfallverhütungsvorschriften alljährlich zusammenkommen, um zu den Berichten der technischen Aufsichtsbereiten Stellung zu nehmen. Das ist zwar auch während des Krieges fortgesetzt worden, doch litten die Beratungen unter mancherlei Beeinträchtigungen. Das ist um so mehr zu bedauern, als das Reichsversicherungsamt selbst berichtet, daß diese Besprechungen immer zu mancherlei brauchbaren Anregungen führten. Bei vielen Berufsgenossenschaften sind übrigens diese Vertreter längst nicht mehr vollständig vorhanden. Im Jahre 1916 wurden von der gesamten Unfallversicherung für die Unfallverhütung 2 1/2 Millionen Mark ausgegeben. Bei der Gesamtausgabe von 20 Millionen Mark jedenfalls recht wenig.

Welche Einschränkung die hier mit in Betracht kommende Gewerbeaufsicht während des Krieges erfahren hat, zeigen die Berichte dieser. Nach denjenigen der preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten verminderte sich die Zahl der Betriebsrevisionen von 177 432 im Jahre 1913 auf 129 464 im Jahre 1917. Die Teilnahme an den Unfalluntersuchungen verringerte sich von 30 241 auf 22 312 Fälle. Der Bericht der sächsischen Gewerbeaufsichtsbeamten auf die Jahre 1915, 1916 und 1917 zeigt ein ähnliches Bild. Die Gründe sind hier ähnliche: Einberufung der Beamten zum Heeresdienst, Überlastung der noch vorhandenen mit neuen und eigentlich nicht zu ihren Obliegenheiten gehörenden Aufgaben usw.

So wie bisher können die Dinge nicht weiter bleiben. Der entstehende Schaden ist ein unermesslicher, sowohl für das Volksganze als auch für die einzelnen verletzten Arbeiter. Ersetzt diesen doch die Unfallversicherung nur einen Teil des Schadens aus den Unfallkosten, und das auch nur nach oft langen Mühen und Kämpfen. Es erscheint uns unmöglich, daß die technischen und gewerblichen Aufsichtsbereiten im Heeresdienst dem Lande ersprießlichere Dienste leisten können, wie in der Heimat in ihrem Berufe. Hier gilt die Erhaltung der Volksgesundheit und der Volkskraft. Es sollte für die Instandhaltung der Fabriken und bessere Unfallverhütung nicht nur mit Rundschreiben, sondern auch durch markante Taten eingegriffen werden. Dazu gehört u. a. auch die genügende Anstellung von Überwachungsbeamten aus dem Arbeiterstande, die auch der noch mangelhaften Aufklärung der Arbeiter selbst die nötige Aufmerksamkeit zu widmen haben. Sandeln heißt es, schnell handeln!

Zur Ernährungsfrage.

Auf die in der letzten Nummer des „Proletariats“ mitgeteilte Eingabe der Generalkommission der Gewerkschaften und des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei wegen der Jungen der Lebensmittelversorgung hat der Reichskanzler in der Hauptsache geantwortet, daß sich nicht viel ändern werde. Er weist in seiner Antwort darauf hin, daß vom 1. Oktober an wieder die vorjährige erhöhte Ration ausgegeben wird. Die Kartoffelration zu erhöhen, sei zur Zeit nicht möglich.

Die notwendigen Anordnungen und Maßnahmen zur Erhaltung des gesamten Ernährungsbedarfes sind getroffen. Soweit sich aber die Ernte, für deren Ausfall die Winterung vieler Wochen von nachhaltigem Einfluß ist, nicht genügend übersehen läßt, kann die Inanspruchnahme einer höheren Bodenmenge nicht verantwortet werden. Ermöglicht es die Ernte, mehr als 7 Pfund zu geben, wird gestattet die Transportlage das Abziehen der darüber bedingten Mehrenten, so weit nicht gegeben werden, eine Erhöhung vorzunehmen. Der Hinweis der Eingabe, daß es im vergangenen Jahre vielerorts möglich gewesen sei, im Selbsthandel Kartoffeln über die öffentliche Bezugswege hinaus zu erwerben, beweist nicht, daß die Ernte und die Transportlage die allmähliche Zunahme von mehr als 7 Pfund erlauben können. Der Hinweis, daß es einzelne u. unregelmäßig durch untaugliche Böden möglich wird es vielfach gelingen, Mengen zu erziehen und zu beschaffen, die der

öffentlichen Wirtschaft entgegen: es geschieht dies aber auf Kosten der andern, wie sich auch im vergangenen Jahr gezeigt hat, indem gerade in Gegenden, aus denen im Selbsthandel Kartoffeln herausgezogen werden, das Lieferungsloß nicht erfüllt werden konnte.

Den Trost einer eventuellen Mehrlieferung von Kartoffeln hatten wir auch im Vorjahr, mehr Kartoffeln selbst aber gab es nicht. Da aber die nationale Menge ein Sanseffen nicht gestattet, werden auch im kommenden Winter und Frühjahr Millionen von Menschen Zeit und Arbeitskraft vergeblich, tagelang auf der Bahn herumliegen, auf den Märkten herumlaufen und versuchen, Kartoffeln für den täglichen Bedarf zu kaufen. Was auf diese Weise zusammengekauft wird, dürfte ausreichen, um die Ration auf 10 Pfund zu erhöhen. Bleibt es aber bei 7 Pfund pro Person und Woche, dann ist ein Teil des bekannten Antrags höchst verpöhlend, der bekanntlich einen bestimmten Prozentsatz der Ernte für den freien Handel forderte.

Es ist eine feistehende Tatsache, daß die vorhandenen Lebensmittel nicht erfüllt werden. Sehr oft kommt es auch vor, daß in den Städten die Kartoffelmärkte verfallen, weil für zeitige Heuermähdung der Kartoffeln nicht georgt wurde. Wenn die Behörde mit der Lebensmittelversorgung vermag, muß wohl oder übel die ärmere Bevölkerung selbst sehen, wo sie etwas herbeikommt. Es wird also gehandelt. Nun stelle man sich vor: die Belieferung durch die Kommunalbehörde hat versagt, die Leute holen sich für Geld und gute Worte Kartoffeln aus den Landorten, und der Gendarm nimmt sie ab, ein Protokoll gibt es abendwärts. Welche Erbitterung muß das auslösen, wenn man weiß, daß die zahlungsfähigen Kreise Eier, Milch, Butter, Fleisch, kurzum alles haben, während der armen Hungerleider die Kartoffeln fortgenommen werden, die sie sich zur Stillung ihres Hungers geholt haben. Die Familien würde in bedeutendem Maße eingeschränkt, wenn die Kartoffelration erhöht würde. Von Arbeitern, kleinen Beamten usw. macht es sich gewiß niemand zum Vergnügen, hundelange auf den Böden herumzulaufen und den Lebensmittelgeizern gute Worte zu geben, wenn sie nicht die Not dazu zwingt. Von den Leuten, die durch Überdauern der Preise sich Butter und sonstige solche Sachen zu verschaffen mühen, wird doch höchst selten mal einer gehöhrt.

Diese Zustände schaffen eine ganz unerträgliche Situation, die noch verschlimmert wird, wenn bekannt wird, daß wasserhaltige Kartoffeln zugrunde gehen, während die Bevölkerung keine zu essen hat. So wurde am 12. September in der Berliner Stadtkammerentscheidung festgestellt, daß in einer Berliner Lagerhalle 80 000 Zentner Kartoffeln verkauft seien. Selbst zu Viehfutter konnten sie nicht mehr verwendet werden.

In Zukunft ist auch die Fleischbelieferung recht spärlich geworden, und sie dürfte immer kleinere Quantitäten bringen. Schon angesichts dessen müßte durch Kartoffeln Ersatz geschaffen werden. Zweifellos können wir auch mehr Fleisch zugewandt bekommen, wenn nicht große Mengen im Selbsthandel verschwinden würden. Es ist anzugeben, daß die Wähler und Schöher die Behörden immer wieder hinaus Vist führen. Dafür leben wir im kapitalistischen Zeitalter. Aber deshalb kann die Kartoffelration doch erhöht werden. Schon heute kann man sagen, die Ernte wird nicht schlecht, wenn sie nicht durch amtliche Feststellungen schlecht gemacht wird. Das soll heißen: die statistischen Erhebungen brauchen nicht so auszufallen, daß sie der Wirtschaft entsprechen, sondern den Interessen der Produzenten. Und auf die Angaben der Interessenten ist die Behörde präventiv angewiesen. Durch Minderernte soll ein gut Teil der Kartoffelernte für den freien einträglichen Handel und zum Exporten reserviert bleiben. Diesen Teil soll die Regierung zeitig erhalten, dann ist es möglich, die Kartoffelration zu erhöhen.

Die preussische Wahlrechtsvorlage

ist gegenwärtig in „Behandlung“ beim Herrenhaus. Ob es in Deutschland jemand gibt, der sich einbildet, von der genannten Körperschaft könnte ein gleiches Wahlrecht kommen, ist sehr fraglich. Unter der Arbeitererschaft sind solche naive Gläubige jedenfalls nicht. Die Herrenhauskommission hat übrigens gleich gründlich für volle Klarheit gesorgt, indem sie sich allen Ernstes mit einem Antrag beschäftigte, der ein berufständisches Wahlrecht vorschlägt. Sechs Wählergruppen sollen geschaffen werden. Die Wirkung einer solchen Gruppierung nach Berufsständen wäre, daß nach der Wahlrechtsreform von 1907 auf die 4 060 945 Selbständigen 310 Mandate entfallen würden und auf die 11 661 177 Arbeiter und Angestellten 140. Das ist nicht nur eine Verhöhnung der zuletzt Genannten, sondern auch der Regierung. Der Reichskanzler Hertling hat allerdings erklärt,

„die königliche Staatsregierung sieht es als ihre Aufgabe an, das in der Fuldaotschaft ausgesprochene königliche Wort dem Sinne nach zur Erfüllung zu bringen.“

Damit scheidet ein berufständisches Wahlrecht aus, was übrigens auch der Minister des Innern grundsätzlich abgelehnt hat. Aber die Arbeitererschaft hat trotzdem Grund zu großem Mißtrauen. Hat doch der Reichskanzler weiter ausgeführt:

„Meine Herren, ich habe schon gesagt, jeder, der nach mir an dieser Stelle steht, wird dieselbe Aufgabe übernehmen müssen: er wird sie aber wahrheitsgemäß dann unter relativ ungünstigeren Verhältnissen durchzuführen haben. Jetzt, meine Herren, kann das Gesetz noch mit solchen Sicherungen versehen werden, daß dadurch einer zu weitgehenden Stadtkapitalisierung unseres Reichstages Lebens vorgebeugt wird. Ob das jetzt noch möglich sein wird, steht dahin. Alle diese Gedanken möchte ich noch recht eindringlich Ihren Ermägungen anheimgeben.“

Die Worte, die sich hinter diesen Gedanken verbergen, deutlich ausgedrückt, lauten: Jetzt ist noch die Möglichkeit gegeben, durch Sicherungen auch ein gleiches Wahlrecht so zu gestalten, daß die Arbeitererschaft nicht allzu viel Einfluß gewinnt. Rechts deutlich spricht die „Deutsche Arbeiterzeitung“ ihre Besorgnisse aus, wenn sie schreibt, den Befehlgebern dürfe nicht die Gerechtigkeit leiten, sondern nur die Zweckmäßigkeit. Zweckmäßig kann natürlich nur sein, was im Interesse der von der „Deutschen Arbeiterzeitung“ vertretenen Meinung liegt. Das ist der alte Grundgedanke: Der Zweck heiligt die Mittel, nach dem alten Sprichwort handelt, als er Boden hat.

für ihre opfervolle Arbeit im Dienste des Vaterlandes!

Wäre es da nicht angebracht, wenn man alle unsere überflüssigen Heimkrieger in die Munitionsbetriebe steckt? Sie hätten dann den Vorteil, Ministergehälter zu verdienen und hätten mehr Bedürfnis, sich auszurufen, haat zu scheuen.

Geschäftsergebnisse.

Die Chemische Fabrik Grünau Landshoff u. Meyer A.G. berichtet in ihrem Geschäftsbericht für 1917 einen Reingewinn von 404 007 M., woraus 12 Prozent Dividende zur Verteilung kommen. Im Vorjahr betrug die Dividende bei 366 584 M. 10 Prozent. ... Die Verwaltung hofft, auch im neuen Geschäftsjahr ein befriedigendes Ergebnis erzielen zu können.

Papier-Industrie

Hamster.

Vor dem Kriege kannten große Teile der Bevölkerung den Hamster nur aus der naturwissenschaftlichen Belehrung, die ihnen der Volksschullehrer in den Schuljahren beigebracht hatte. Erst während der Kriegszeit wurde der Hamster im Volksmunde so recht populär. ... Die staatliche Ernährungswirtschaft während der Kriegszeit hat derartig verjagt, daß der einzelne gezwungen ist, Lebensmittel anzukaufen, wenn er nicht trotz der ihm staatlich zuratierten Lebensmittel verhungern will.

Da den staatlichen Organen der Wille und vielleicht auch die Macht fehlt, dieses System bis auf die Wurzeln auszurotten, so hat sich auf dem Lebensmittelmarkt ein Zustand herausgebildet, der ernstlichen Gefahren für unser ganzes Wirtschaftsleben, in erster Linie für unsere Volksernährung, in sich trägt.

sondern auch einem genügend gefüllten Geldsack fehlt, am schwersten zu leiden hat. Die Größe der Ernährungsgefahr für die Arbeiterschaft läßt am besten eine Bekanntmachung des Magistrats der Stadt Tilsit erkennen. Tilsit, das als Hauptindustrie einen verhältnismäßig großen Zillalbetrieb der Zellstofffabrik Waldhof in seinen Mauern birgt, grenzt auf allen Seiten an die Domänen unserer ostpreussischen Krautjunker und müßte deshalb doch wohl Lebensmittel in ausreichendem Maße zur Verfügung haben.

„Auf Anordnung der Provinzial-Fleischstelle ist die Fleischration bis auf weiteres auf 100 Gramm pro Kopf und Woche herabgesetzt worden. Es werden deshalb auf die Marken 1-9 des Wochenabschnittes der Fleischkarte 95 Gramm Fleisch und auf Marke 10 fünf Gramm Wurst abgegeben.“

Mit dieser Wochenzentration kann ein von seiner Rente lebender Nichtstuer noch nicht einmal existieren, viel weniger die täglich 12 und sonntäglich 24 Stunden in schlechter, säuredurchschwängelter Luft, in heißen Arbeitsräumen schwerfahrende Zellstoffarbeiter. Es ist deshalb kein Wunder, daß der Anmut dieser Arbeiterschaft immer mehr steigt, zumal sie zusehen muß, wie ihr Butter, Speck und andre Lebensmittel von Kriegsgewinnlern und Schleichhändlern buchstäblich vor der Nase weggekauft werden, zu Pfundpreisen, die nahe an den gesamten Wochenverdienst eines Zellstoffarbeiters heranreichen.

Die Erbitterung der Arbeiterschaft muß bis zur Siedehöhe steigen, wenn sie täglich mit ansehen muß, wie jene Leute, die ihr die wichtigsten Lebensmittel zu Wucherpreisen vor der Nase weg-hamstern, für die sie und ihre Familien täglich hungern und darben müssen, auch noch ungeführt hohe Kriegsgewinne einhamstern und trotzdem die Arbeiter und Arbeiterinnen mit wahren Hungerlöhnen abspießen. Ein Gefühl tiefer Erbitterung muß die Arbeiterschaft der Papierindustrie durchströmen, wenn sie in der Fachpresse zum Beispiel die Nachricht liest, daß die Ammendorfer Papierfabrik-Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr 1917/18 ihren Aktionären neben der Dividende eine erhebliche Sonderauszahlung aus den Reserven gewähren kann und daß die Gesamtauszahlung zwischen 60 und 80 Prozent liegen soll.

Seit fast einem Jahr kämpfen die Arbeiter der Chemnitzer Papierfabrik zu Einiebel um eine Erhöhung ihres Lohnes. Versammlungen mußten abgehalten werden, um der Firma die Dringlichkeit dieser berechtigten Forderung vor Augen zu führen. Durch Schiedsgerichtspruch mußte der stark mit Beamten der Firma durchsetzte Arbeiterausschuß der Firma beiseite werden, um die Vertretung der Arbeiterinteressen nach den Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes zu ermöglichen. Vor den Versammlungsorten stellte die Firma Spitzel auf, um den Besuch zu überwachen. In einem Falle sah sich der Versammlungsleiter sogar veranlaßt, den Sohn des Herrn Direktors in das Versammlungslokal hineinzurufen, um seinen ständigen Spaziergang vor dem Lokale aufzuheben. Trotz alledem will diese Firma die Lohnansprüche ihrer Arbeiterschaft nicht anerkennen.

Jede Lohnforderung empfinden diese Herrschaften als eine Beeinträchtigung ihrer ertragreichen Hamstertätigkeit. So wie sie sich gegen jede Behinderung der Aufstapelung von Lebensmitteln und andern knapp vorhandenen Bedarfsartikeln in ihren Haushaltungen empören, so empfinden sie auch jede Forderung an ihren Geldbeutel als einen Eingriff in ihre eingebildeten Hamsterrechte, die sie mit allen Mitteln abzuwehren bestreben. Als die Arbeiterschaft der Papierfabrik von Mahla u. Gräber in Rembe in einer Betriebsversammlung zur Bessergestaltung ihrer wirtschaftlichen Lage vor kurzer Zeit Stellung nahm, da versuchte der Sechsförger des Ortes, ein Schwiegerjohn des Fabrikanten, sich Zutritt zu der Versammlung zu verschaffen, wahrscheinlich, um als evangelischer Geistlicher den Wahlspruch des katholischen Bischofs Händle zu verteidigen: „Wer Knecht ist, der soll auch Knecht bleiben!“

Nach toller Weid es die Leitung der Papierfabrik Penig i. S., die ihrer Arbeiterschaft das Vereinsgesetz durch den Einzug der „Wohltätigkeitsvereine“ zu nehmen suchte. Zu diesem Verhalten der Firma schreibt ein Arbeiter des Betriebes Kaiser Chemnitzer Fabrikantenleitung folgendes: „Ich muß Ihnen mitteilen, daß am heutigen Freitag, abends 6 Uhr, nachdem von Ihnen die Forderung gestellt wurde, sofort der Kranken- und Pensionskassenauschuß (Arbeiterausschuß) zu Herrn Kommerzienrat Schinkel gerufen wurde. Dort wurde diesem erklärt, daß, wenn sich die Arbeiter dem roten Verband anschließen, sofort alle Guttaten (Wohltätigkeitsvereine) den Arbeitern entzogen würden. So auch die Pension, die die alten Arbeiter erhalten, nachdem sie sich über 30 bis 50 Jahre für die Firma geopfert haben.“

Wie sieht es nun mit der Spierensiedigkeit dieser Herren? Als der Krieg am 2. August 1914 entbrannte, wurde die Fabrik geschlossen. Die verbeiratenen Arbeiter erhielten die Woche 9 M. und die letzten 6 M. Dazu ließ es: „Wer wo anders hin will und Arbeit erhalten kann, der soll ruhig gehen.“ Dann wurde von der Fabrik aus der Hölle geschrien: „Wer Arbeit, die mehrere tausend Mark gebracht hätte, die Arbeiter mühen von früh 6 Uhr

bis abends 6 Uhr für 2,50 M. arbeiten. Bei dieser Tätigkeit wurden die Arbeiter noch tüchtig angetrieben, und wer sich dagegen beschwerte, der erhielt die Antwort: Wem es nicht paßt, der kann zu Hause bleiben!

Als diese Arbeit fertig war, ging es wieder in der Fabrik los. Es wurde wieder an einzelnen Tagen gearbeitet bei dreißig Miesel-lohn. Das Papier wurde immer knapper und der Preis dafür stieg immer höher. Auch die Löhne gingen höher, aber wie? 25-Pfennig-weise! Wie die Arbeiterschaft auskam, war den Herren egal. Die Hauptfrage war, daß ihr Geldbeutel gefüllt wurde. In Friedenszeiten machte das Geschäft einen Reingewinn von 600 000 M. bis 700 000 M. im Jahr. Jetzt schreibt die Firma über eine Million Mark ab und zahlt doch noch 25 Prozent Dividende. Über einen auskömmlichen Lohn will sie doch nicht bezahlen.

Soweit dieser Kollege! Leider liegen die Verhältnisse in einem großen Teile der Papierindustrie ähnlich. Die Interessenlosigkeit vieler Papierarbeiter und -arbeiterinnen gestattet den Unternehmern die Einhamstern ungeheurer Kriegsgewinne, ohne dabei durch Lohnforderungen allzu stark belästigt zu werden. Will die Arbeiterschaft mit ihren Familien nicht immer mehr der Unterernährung und dem Elend anheimfallen, dann muß sie geschlossen und unterstützt durch starke Interessenvertretungen ihre Stimme immer stärker gegen die Hamsterei und den Wucher auf allen Gebieten erheben; sie darf nicht länger schlichtern bei Seite stehen, sondern muß auch ihre Forderungen mit Nachdruck zur Geltung bringen.

Lasset die Kindlein zu mir kommen!

Als der christliche Heiland vor bald 2000 Jahren die Worte in die Welt rief: „Lasset die Kindlein zu mir kommen“ und wehret ihnen nicht!“, da ließ er sich, nach den Ueberlieferungen, Geschichte der christlichen Kirche, von dem Gedanken leiten, den unglücklichen Kindern ihren Lebensweg zu erleichtern, ihnen die Ueberzeugung beizubringen, daß sie alle Kinder eines barmherzigen Vaters seien.

Sobald aber die kapitalistischen Weltverbesserer denselben Ruf ertönen lassen, dann geschieht es nur, um schon frühzeitig die Arbeiterkinder auf den bornenvollen Lebensweg der Proletariat zu drängen. Mehrmals waren wir schon gezwungen, darauf hinzuweisen, daß die Papierfabrikanten sich nicht scheuen, ihren schuldigen Arbeiterkindern zum Schicksal von Schicksal und Pechschicksal, zum Schicksal von Hunger und selbst zum Bedienen von Maschinen heranzuziehen. Auf Grund unserer Kritik an diesen unerhörten Zuständen haben sich die Aufsichtsbörden veranlaßt gesehen, auf die Abstellung dieser Mißstände zu drängen, die Papiermacherberufsgenossenschaft soll sich sogar zu einem Verbot der Kinderarbeit aufgeschwungen haben.

Trotzdem können es einige Schlotbarone der Papierindustrie immer noch nicht unterlassen, schulpflichtige Kinder zu industriellen Arbeiten heranzuziehen. Aus der Rathsdammiger Papierfabrik wird uns mitgeteilt, daß in der Woche vom 18. bis 24. August d. J. sogar 13jährige Schulknaben zum Kessellopfen herangezogen wurden, die unter der Anleitung des Schloffermeisters Gathen arbeiteten. Wir wissen nicht, ob dieser Herr auch Vater von Kindern ist. Sein Verantwortungsgesühl sollte sich aber dagegen empört haben, sich zum „Schutzpatron“ hilfloser Kinder herabwürdigen zu lassen. Aber auch die Eltern dieser Kinder, denen doch die Gesundheit und das Wohlergehen ihrer Sprößlinge besonders am Herzen liegen sollte, müßten sich gegen eine derartige Kinderausbeutung wehren. Meidet der Verdienst des Ernährers zum Unterhalt seiner Familie nicht mehr aus, dann mag er endlich einmal den Mut fassen und sich mit Hilfe der Berufsorganisation der Papierarbeiter, des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, menschenwürdige Lohn- und Arbeitsverhältnisse erkämpfen.

Die Arbeiterschaft der Rathsdammiger Papierfabrik hat wirklich alle Ursache, sich endlich einmal zur Verbesserung ihrer Lebenslage aufzuheben. Wenn auch Rathsdammig im geeigneten Sommerparadiese Kammern liegt, wo auf den Ackerbüchern noch die Ähre reift, wo auch während der Kriegszeit die bestende Klasse nach dem Rezept des Januschwanzers, jeder nach seinem Geldbeutel lebt, und wo in der Fabrikfabrik die Direktoren, Buchhalter, Schreiber usw. als „Schmerzarbeiter“ bejammert werden und deshalb die fünf- und selbst zehnjährige Zulageentschädigung der Arbeiter erhalten, so braucht die Arbeiterschaft ihre arbeitssüchtigen Kinder von den Annehmlichkeiten der Unternehmung doch nicht verprügeln und ihre schulpflichtigen Kinder an gesundheitsgefährlichen Fabrikarbeiten anspornern zu lassen. Solange aber die Papierarbeiter und -arbeiterinnen in Kammern, und besonders in Rathsdammig, nicht zur gewerkschaftlichen Selbsthilfe greifen, solange werden sie auch unter der Ähre ihres Fabrikpalaists tronen und führen, solange werden sie auch nach dem Wahlspruch eines Bischofs Händle: „Wer Knecht ist, der soll auch Knecht bleiben!“ behandelt werden.

Verschiedene Industrien

Aus der Margarine-Industrie.

Bessere Geschäfte stehen im laufenden Jahre für die Margarine-industrie in Aussicht. Wenigstens melde die Fachpresse, daß die Zuteilung von Rohware an die Betriebe für den Monat September 30 Prozent höher war als im Monat August. Eine gesteigerte Betriebsaktivität habe bereits eingesetzt, damit die Herstellung und Ablieferung von Margarine rechtzeitig vor sich gehen kann. (Es ist nur zu wünschen, daß auch die Mutterlauge von diesem Mehr etwas merkt.) Für den Monat Oktober ist eine weitere Steigerung der Margarine-Erzeugung beabsichtigt; den Herstellern sind vom Verwaltungsamt in seiner jüngsten Sitzung wiederum 40 bis 50 Prozent mehr Rohstoffe zur Verordnung im Oktober zugewiesen worden als für September. Es wird angedeutet, daß die Margarineproduktion im kommenden Winter höher sein wird als im vorigen. Daß tatsächlich mehr Fett zur Verfügung steht als im Vorjahr, ergibt sich daraus, daß die Selbstverwaltungen nicht mehr so sehr auf Verringerung der ihnen zugewiesenen Mengen drängen. Das läßt den Schluss zu, daß sie ihre Vorräte aufgefüllt haben. Ein anderer Beweis für das Vorhandensein größerer Rohstoffmengen ist in den vielen Kuppelgeschäften an den Margarineverhandlungen zu sehen, wobei es sich hauptsächlich um Inhaber kleinerer Betriebe aus dem Margarine- und Speiseeisgewerbe handelt, die schon vor der zwangsweisen Stilllegung der Werke ihre Sporen geschlossen haben. Sie wollen sich außer dem Anspruch auf Entschädigung die Rohstoffe sichern, bei der Verteilung von Rohware benachteiligt zu werden, nachdem nach Friedensschluß die stillgelegten Betriebe wieder in Gang gesetzt sein werden. Die Gründe wurden bis jetzt grundsätzlich abgelehnt, weil die Annahmehöhe schon Ende vorigen Jahres verstrichen war. Nun hat der Verwaltungsrat des Margarineverbandes beschlossen, daß die Aufnahme in den Verband dann erfolgen kann, wenn alle Mitglieder des Margarineverbandes 75 Prozent ihrer Friedensproduktion herstellen können. Voraussetzung dabei ist, daß die nachstehenden Vorbedingen vorhanden sind: der notwendige Betriebsausbau ist abgeschlossen, und zwar soll die Erzeugung sicherer sofort nach der Annahme gegeben werden. Dagegen werden Ansprüche auf Entschädigung nach wie vor zurückgewiesen.

Auch eine „Besserung“ des Verhältnisses zwischen Einstands- und Abgabepreis“ erhebt der Margarineverband. Das ist recht vorfichtig ausgesprochen und könnte unter Umständen in die Höhe gedreht werden, etwa dahin, daß der Einstandspreis, d. h. der Preis für die Rohmaterialien, erniedrigt werden müsse. Eine solche Deutung läßt aber eine Erklärung während der Kriegszeit nicht zu. Es sollen also deutlich ausgesprochen die Verkaufspreise heraufgesetzt werden. Die Annahmehöhe einer Preis-erhöhung muß aber nicht sehr dringend sein, wenn man aus dem Verhalten der meisten Fabrikanten zu dieser Frage Schlüsse zieht. Es waren nämlich einige Mitglieder des Margarineverbandes beauftragt, bei verschiedenen Betrieben die Betriebsrechnungen nachzusehen, um auf diese Weise zuverlässige Unterlagen für die zuständigen Stellen herbeizuschaffen. Die Rechnungen der Betriebsinhaber wieserten sich jedoch ihrer nachzusehen Einsicht in die Bücher zu gewähren, wohl aus Gründen,

die mit dem späteren Wettbewerb zusammenhängen. Ohne zuverlässige Unterlagen, heißt es, wird aber Ueberprüfung des bisherigen Preisverhältnisses nicht zu erreichen sein.

Das heißt doch, es fehlt an einer Begründung für Erhöhung der Verkaufspreise, und nun soll eine solche erst mühsam zusammengeführt werden. Aber die Fachgenossen trauen sich gegenseitig nicht über den Weg, und so wird es vorerst wohl bei den bisherigen Preisen bleiben.

Unfall.

In der Montanwaachfabrik Heilmann u. Co., Neußen (Zahlstelle Zeil) ist der Fabrikarbeiter Hermann Pöhlte aus Neußen schwer verunglückt, so daß seine Ueberführung in eine Klinik erfolgen mußte. Im gleichen Vertriebe ist im März dieses Jahres der Sohn des jetzt Verletzten schwer verunglückt. Daß trotz aller Vorsichtsmaßnahmen, die durch den Neubau der Fabrik bestehen, ein derartiges Unglück noch möglich ist, beweist die Gefährlichkeit dieses Fabrikationszweiges.

Ausland.

Eine skandinavische Arbeiterkonferenz.

In der zweiten Septembertage tagte in Kopenhagen eine Konferenz der Arbeitervertreter aus Norwegen, Schweden und Dänemark. Ein (Norwegen) berichtet, in seinem Lande sei die Arbeitslosigkeit des ersten Kriegsjahres von Hochkonjunktur und Teuerung abgelöst worden. Einer durchschnittlichen Lohnsteigerung von 93 Prozent, die erlöst wurde, stehe eine Preissteigerung von 137 Prozent gegenüber. Die abgeschlossenen Verträge sind kurzfristig. Die Gewerkschaftsopposition habe in diesen anormalen Zeiten gewisse Fortschritte gemacht; der Gewerkschaftsleiter im Oktober lehnte jedoch ihre Vorschläge mit Zweidrittelmehrheit ab. Die schlechten Ernährungsverhältnisse tragen viel zur Steigerung der Unzufriedenheit bei. In der Partei seien bekanntlich mit dem Siege der linken Richtung ganz neue Männer an die Spitze gelangt, aber irgendwelche größere Veränderung sei dadurch bisher nicht eingetreten. Die neugegründeten "Arbeiterräte" hätten eine "Mission" für den Achtstundentag eingeleitet, aber einen so völligen Erfolg nicht erlitten, daß er für eine ordnungsgemäße Organisation nutzbringend wäre; in der Meinung der Arbeiterklasse hätten sie ausgespielt. Auch in einem Gewerkschaftsverband (Fabrik- und Hilfsarbeiter) hätte die Opposition, jetzt die Leitung in Händen.

Die Lage der Arbeiter in Schweden schilderte Hermann Lindquist. Textilindustrie, Granitindustrie und Margarineindustrie seien wegen Mangels an Rohmaterial eingestoppt. Somit war die Arbeitslosigkeit während des Krieges geringer als in Friedenszeiten. Die Lebensmittelpreise sind um 119 Prozent gestiegen. Eine ganze Reihe wichtiger Lebensmittel sind ganz oder teilweise vom Markt verschwunden. Die gewerkschaftliche Landeszentrale umfaßt jetzt 213 000 Mitglieder, bedeutend mehr als vor dem Generalstreik des Jahres 1909. Die Zahl der Lohnbewegungen nimmt ständig zu; 1914 waren 27 000 Arbeiter, 1917 dagegen 170 000 daran beteiligt. Die Arbeiterräte, nach russischer und norwegischer Muster gegliedert, stehen nur auf dem Papier, die syndikalistische Bewegung ist schwach und begehrt eine Unüberlegtheit nach der anderen.

Der Landesvorstand des Bundes der Vereinigten Gewerkschaften Dänemarks, Madsen, rühmte die Kohlenzufuhren aus Deutschland, an denen die Genossenschaften der Arbeiter so stark beteiligt sind und die erlaubt haben, bisher die wichtigsten Betriebe in Gang zu halten. Aber der Mangel an Rohstoffen und die Teuerung nimmt zu. Infolgedessen herrscht große Arbeitslosigkeit. Das vom Reichstag genehmigte Gesetz über Ausbau der Arbeitslosenversicherung und über Arbeitsbeschaffung war ein wesentlicher Fortschritt. Die Steigerung der Preise beträgt durchschnittlich 82 Prozent. Die Mitgliederzahl der Landeszentrale hat 200 000 überschritten.

Am zweiten Tage wurde über den Achtstundentag verhandelt. In Norwegen ist ein Normalarbeitsstag von 54 Stunden durchgesetzt, bei schwerer Arbeit darf nur 48 Stunden gearbeitet werden. Säen- und Gemeindefabrik, Bäckerei und Papierindustrie haben den Achtstundentag. Die Regierung hat das gesetzliche Recht, ihn allgemein anzuordnen. In Schweden ist man durch gewerkschaftlichen Kampf dem Achtstundentag nahegekommen. In Dänemark haben die Buchdrucker und Bäder den Achtstundentag; diese beiden jedoch noch unter der Nacharbeit, ebenso wie in Norwegen. Es soll versucht werden, im Jahre 1920 die gesetzliche Einführung des Achtstundentages in der skandinavischen Länder zu erreichen.

Den finnischen Arbeitern wurde eine Unterabteilung von 30 000 Frauen gewährt. Eine Resolution über die gewerkschaftliche Internationalisierung befähigte die Delegierten der Bremer Konferenz.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Vereinbarungen im Vorgesetzten.

Auf Grund der Verhandlungen vom 9., 10. und 11. September 1918 ist am 11. September zwischen dem Deutschen Arbeitgeberverband für das Bergwerk und dem Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Zentralverband der Hammer und verwandten Berufsgewerkschaften Deutschlands, dem Gewerkschaftsbund spanischer Bauarbeiter Deutschlands, nachstehende Vereinbarung geschlossen worden:

§ 1. Auf allen Arbeitsstätten, die unter § 1 und 2 der Vereinbarung vom 29. September 1917 fallen, wird sämtlichen, in den Bestimmungen der einzelnen Tarifverträge angeführten Arbeitsgruppen bei Zeit- und Akkordarbeit eine neue Kriegs-Zeitungslage gewährt (siehe Kriegs-Zeitung). Diese beträgt für die Arbeitsstätte:

Table with 4 columns: In Dienstzeiten mit Ozen, Vom 1. Okt. 1918 ab, Vom 1. Jan. 1919 ab, Im ganzen. Rows 1-4 with values for different worker categories.

Für diesen Gruppe sollen das tariflich-vertragliche und das tarifgesetzliche Lohngebühren sowie Renditen und größere Erwerbsmöglichkeiten der Kriegszeit und der Friedenszeit, Streikgebühren darüber, es ein von Hammer fällt, sind von den Preissteigerungen und falls diese sich nicht einigen, vom Hauptverband zu entscheiden. Für die Erhaltung der Ruhe in der einzelnen Gruppen sind die Ergebnisse der Verhandlungen vom Jahre 1910 maßgebend.

§ 2. Auf die gleiche neue Kriegs-Zeitungslage werden angesetzt:

- a) tarifliche Sonderzulagen, soweit bei diesen Vereinbarung Anrechnung von Arbeitslohn andererseits vorbehalten worden ist,
b) Zuschläge, erst nach dem 1. August 1918 bewilligten Sonderzulagen,
c) Sonderzulagen für Mitarbeiter, Führer und Kassierer bis zu 5 Mk. für den Tag (21 Mk. für die Woche) kommen auf die Lohnsteigerungen nicht zur Anwendung. Die tariflich festgesetzte Höhe der Zuschläge wird herabgesetzt auf den Betrag, den die Lohnsteigerung und Zuschläge für doppelte Beschäftigung ausmachen können zu befragen.

§ 3. Die Vereinbarung gilt nicht für das Streikverbot und für die Gewerkschaft der Bergbau, Bergbau und nicht für die Bergbau-Gewerkschaft. Es gilt dagegen auch für Bergbau im Bergbau und im Bergbau-Gewerkschaft, soweit diese beiden Gewerkschaften der vereinbarten Parteien angehören sind.

§ 4. Streitigkeiten über den Inhalt dieser Vereinbarung zu entscheiden der Entscheidung nach der Tarifkommission.

§ 5. Für den 1. April 1919 sollen diese neuen Bestimmungen gelten.

Der Internationaler Verband im Jahre 1917.

In der Zeitschrift für die Sozialdemokratie vom 23. 9. 1917 auf 6175 Seiten erschien der Bericht des Bundes der Arbeiter über die Tätigkeit des Internationalen Verbandes im Jahre 1917. Der Bericht ist in 14 Abschnitte unterteilt, die sich auf die Tätigkeit des Verbandes in den verschiedenen Ländern beziehen. Die Tätigkeit des Verbandes im Jahre 1917 war durch die Kriegszeit sehr beeinträchtigt. Die Tätigkeit des Verbandes im Jahre 1917 war durch die Kriegszeit sehr beeinträchtigt. Die Tätigkeit des Verbandes im Jahre 1917 war durch die Kriegszeit sehr beeinträchtigt.

1206 Lohnbewegungen wurden in 3646 Betrieben für 109 878 Beteiligte geführt. Angriffswiese wurden 1196 Bewegungen geführt, ohne daß es zur Arbeitsbemessung kam; nur ein Abwehrstreik wurde geführt. Wegen des Vorjahres wurden 451 Angriffsbewegungen mehr geführt. Auch eine Ausperrung - die erste in der Kriegszeit - wurde mit vollem Erfolge abgewehrt.

Von allen 1206 geführten Bewegungen ist 1917 nur eine einzige gänzlich erfolglos geblieben, alle anderen Bewegungen haben zum größeren Teile mit vollem, zum kleineren Teile mit teilweisem Erfolg geendet. Insgesamt wurden 46 000 000 Mark an Lohnsteigerungen und Teuerungszulagen erreicht. Die Bewegungen des Jahres 1917 haben außerdem für 5683 Beteiligte eine Verkürzung der Arbeitszeit um 1/2 bis 6 Stunden pro Woche gebracht. Dann für rund 47 000 Personen die Erhöhung der Bezahlung von Ueberstunden bis 50 Prozent, Entschädigung für Sonntagsarbeit für 20 000 Personen. Dazu kommt eine große Reihe kleinerer Vorteile.

Für die Hauptklasse konnte ein Vermögenszuwachs von 107 118 Mk. erzielt werden. Die Hauptklasse des Verbandes verfügte am Schlusse des Jahres 1917 über einen Kassenbestand von 1 152 693 Mk., die Ortskassen über einen solchen von insgesamt 434 136 Mk.

Der Verband der Maler und verwandter Berufe im Jahre 1917.

Der seit Ausbruch des Krieges anhaltende Mitgliederrückgang ist im Berichtsjahre zum Stillstand gekommen. Der Verband hatte Ende 1913 44 842 Mitglieder; diese Zahl sank am Ende des ersten vollen Kriegsjahres auf 9574 und ging bis Ende 1916 auf 7242 Mitglieder herunter. Am Schlusse des Jahres 1917 waren 7229 Mitglieder vorhanden. Zum Heeresdienst wurden in den vier Kriegsjahren insgesamt 30 163 Mitglieder eingezogen. Weibliche Mitglieder hatte die Organisation am Jahreschluss 181.

Der Kassenbericht zeigt 1917 ein ungünstigeres Bild als in den ersten drei Kriegsjahren. Die Gesamteinnahme des Verbandes betrug 359 313,65 Mk. gegen 407 548,07 Mk. im Jahre 1916 und die Gesamtausgabe 392 665,38 Mk. gegen 407 097,02 Mk. Das Gesamtvermögen ging von 826 580,43 Mk. im Jahre 1916 auf 793 228,70 Mk. am Ende 1917 zurück.

Die Verpflichtungen der Ortskassen der Hauptklasse gegenüber sind gestiegen von 115 651,07 Mk. auf 131 291,67 Mk. Ohne diesen Rückgang der Bilanzvermögen würde sich der Bestand der Hauptklasse nur von 10 928,49 Mk. vermindert haben.

Eine Reihe Lohnbewegungen und solcher für die Erlangung der den Zeitverhältnissen angemessenen Teuerungszulagen für die verschiedenen Branchen zeigt, daß die Verbandsleitung selbst unter den schwierigsten Verhältnissen ihre Pflicht den Mitgliedern gegenüber erfüllt hat. Mit den im Felde stehenden Mitgliedern steht die Organisation in reger Verbindung, hoffend, daß es denselben bald möglich sein werde, zurückzukehren und wieder mit früher gewohnter Tatkraft für eine bessere Zukunft wirken zu können.

Rundscha.

Die neuen Postgebühren.

Die nachstehende Uebersicht gibt die Gebühren wieder, die vom 1. Oktober d. J. an für die einzelnen Sendungen erhoben werden.

Postkarten.

Table with 2 columns: In Orts- und Nachbarortverkehr, Inland und nach Oesterreich-Ungarn, Nach dem jenseitigen Ausland. Values: 7 1/2 Pf., 10 Pf., 15 Pf.

Briefe.

Table with 2 columns: In Orts- und Nachbarortverkehr, Inland und nach Oesterr.-Ungarn, Inland und nach Oesterr.-Ungarn, Nach dem Ausland, dem Ausland für je 20 g mehr. Values: bis 20 g 10, 250 15, 20 15, 250 25, 20 20, für je 20 g mehr 20.

Drucksachen.

Table with 2 columns: Bis 50 g, 50 g bis 100, 100 250, 250 500, 500 1000. Values: 5 Pf., 7 1/2 Pf., 15 Pf., 25 Pf., 35 Pf.

Nach dem Ausland treten zu dem Satz von 5 Pf. für je 50 Gramm 2 Pf. für Drucksachen bis 50 Gramm, 2 1/2 Pf. für solche bis 100 Gramm und 5 Pf. für solche über 100 Gramm hinzu.

Geschäftspapiere, Warenproben, Mitbringungen.

Zu den bisherigen Sätzen, also 10 Pf. für Geschäftspapiere bis 250 Gramm ufw., treten 5 Pf. für Reichsabgabe hinzu. Warenproben unter 100 Gramm (10 Pf. Gebühr) bleiben zinslos; Warenproben von 100 bis 250 Gramm kosten dagegen fortan 15 Pf.

Pakete.

Table with 2 columns: Bis 5 kg auf Entfernungen bis 75 Kilometer, weitere Entfernungen, Ueber 5 Kilogramm auf Entfernungen bis 75 Kilometer, Entfernungen 50 Pf. mehr. Values: 40 Pf., 75 Pf., 30 Pf.

Briefe mit Wertangabe.

Auf Entfernungen bis 75 Kilometer 5 Pf., auf alle weiteren Entfernungen 10 Pf. mehr. Dazu Versicherungsgebühr 5 Pf. für je 300 Mk. Wertangabe, mindestens 10 Pf.

Postauftragsbriefe 35 Pf.

Postaufweisungen.

Table with 2 columns: Es dürfen Postaufweisungen bis, bis 5 Mk. 15 Pf., 100 25, 200 40, 400 50, 600 60, 800 70.

Telegramme.

Im Ortsverkehr das Wort 6 Pf., das Telegramm mindestens 45 Pf.; im inländischen Fernverkehr das Wort 8 Pf., das Telegramm 65 Pf.

Im Fernsprecheverkehr.

werden 20 u. S. Zuschlag von jeder Gebühr erhoben. Diese Sätze gelten auch im Generalgouvernement Ostpreußen und im Grenzgebiet Ober-Ost.

Berichte aus den Zahlstellen.

Hamburg. Emil Körner ein Opfer des Weltkrieges. Am 15. September fand an dem Folgen einer im Felde erlittenen Verwundung seiner kollege Emil Körner. Mit ihm verliert die Zahlstelle Hamburg einen ihrer eifrigsten Mitarbeiter, und die Arbeiterklasse Hamburgs einen Kameraden, der stets bereit war, dem Allgemeinwohl zu dienen.

zu dienen. Schon in seiner frühesten Jugend schloß er sich der Arbeiterbewegung an und war viele Jahre in der Zahlstelle Hamburg unferes Verbandes tätig. Im Jahre 1911 wurde er zum dritten Beamten der Zahlstelle Hamburg gewählt und erfüllte hier stets seine Pflicht. Auch in der Partei war er eifrig tätig, ebenso im Krankenkaswesen. Kollege Körner ist bereits der zweite Angestellte unferer Zahlstelle, der ein Opfer des Weltkrieges wurde. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Röln. Zu einer eindrucksvollen Kundgebung hatte die Verbandsleitung die Arbeiterchaft der chemischen und Sprengstoffindustrie sowie der staatlichen Betriebe am Sonntag, dem 15. September, im großen Saale des Kolonialhauses eingeladen. Schon lange vor Beginn der Versammlung waren der Saal und die Galerie überfüllt. Kollege Hertwig sprach über das aktuelle Thema: Arbeitsverhältnisse, Teuerung und Lebensmittelpolitik für den kommenden Winter. Die öfter durch lauten Beifall aufgenommenen Ausführungen wurden in der Diskussion noch des näheren besprochen, und mit scharfen Worten wandte man sich gegen die Bestrebungen der Unternehmer, die Löhne zu kürzen. Folgende Entschlieung fand einstimmige Annahme:

Die am Sonntag, dem 15. September, im großen Saale des Kolonialhauses versammelten Fabrikarbeiter und -arbeiterinnen der chemischen und Sprengstoffindustrie sowie der staatlichen Betriebe bringen zum Ausdruck, daß infolge der fortgesetzten Steigerungen aller Lebens- und Bedarfsartikel eine Neuregelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für notwendig erscheint. Infolge der unzureichenden Rationen sowie der weit entfernt liegenden Fabriken- und bereits jutage getretenen üblen Erscheinungen ist eine Herabsetzung der Arbeitszeit ein dringendes Gebot der Stunde.

Der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands sowie die Arbeiterausschüsse der einzelnen Werke werden hiermit ersucht, die notwendigen Erhebungen und Vorarbeiten zu erledigen, damit durch eine Erhöhung der Grundlöhne wie Morkbäse oder durch die Gewährung einer allgemeinen Teuerungszulage die Löhne den teuren Preisen angepaßt und auch die allgemeine Arbeitszeit von 60 auf 53 Stunden herabgesetzt wird.

Zur Lebensmittelpolitik wird von der Regierung gewünscht, daß ohne Rücksicht auf die Produzenteninteressen energische Schritte zur völligen Erfassung der diesjährigen Ernte unternommen werden, damit eine Erhöhung der Grundration eintreten kann. Als Mindestforderung wird für das kommende Wirtschaftsjahr gemüht:

Die Kartoffelration ist auf 10 Pfund, die Brotration auf 4 Pfund wöchentlich zu erhöhen. Außerdem sind pro Woche ein Pfund Teigwaren oder Nahrungsmittel zu liefern. Die jetzt gewährte Fettration ist aufrechtzuerhalten und auch den Schwerst- und Schwerearbeitern sowie denjenigen, die als Rüstungsarbeiter gelten, die bisher gewährten Zulagen laufend zu gewähren. Den Gistarbeitern in der chemischen und Sprengstoffindustrie ist die fortlaufende Belieferung mit Milch sicherzustellen und allen Schwerstarbeitern eine Kartoffelzulage von 3 Pfund zu gewähren.

Angesichts der bereits jutage getretenen Schwierigkeiten in der Beförderung der Arbeiterchaft zur Arbeitsstelle wird von der königlichen Eisenbahndirektion gewünscht, jetzt schon Vorkehrungen zu treffen für ausreichendes Wagenmaterial, geheizte Züge und für pünktliche Beförderung zur Arbeitsstelle. Hertwig.

Verbandsnachrichten.

Statistik.

Blaue Monatskarten - Gelbe Quartalskarten.

Mit dem Monat September geht das 3. Quartal zu Ende. Die gelben Berichtskarten müssen deshalb bis zum 4. Oktober nach Hannover gesandt sein. Bis zum selben Datum sind auch die blauen Monatsberichtskarten einzusenden. Als Stichtag zur Feststellung der Arbeitslosenziffer gilt der 28. September. Die Karten müssen auch eingeklebt werden, wenn keine Arbeitslosen am Orte vorhanden sind, da auch über den Mitgliederstand an das Statistische Amt berichtet werden muß.

Zahlstellen, die bis zum 8. Oktober noch nicht berichtet haben oder die Karten erst später einsenden, werden als nichtberichtend im „Proletarier“ namentlich veröffentlicht.

Soweit keine Berichtskarten am Orte sind, können solche beim Vorstand bestellt werden.

Ueber die erledigten Lohnbewegungen sind 7. September nachverzüglich einzusenden. Der Vorstand.

Vom 17. September 1918 an gingen bei der Hauptkaffe folgende Beiträge ein:

Table with 2 columns: Münchhri 1000, Goslar 400, Magdeburg 3000, Sonneberg 1000, Chemnitz 1000, Eisenberg (S.-A.) 500, Borsb 800, Torgau 12, Elbing 1000, Plauenischer Grund 1029,01, Bremen 1000, Zeitz 400, Aue i. Erzg. 700, Chemnitz 1000, B. 30, Saarg. 138,55, Schwedt a. O. 56,25, Freilung 45, Wolgast 800, Rameuz 60,99, Walsum 23,55.

In Versicherungsbeiträge gingen ein:

Table with 2 columns: Kottbus 9, Schwedt a. O. 140.

Schluß: Montag, den 23. September, mittags 12 Uhr.

Fr. Bruns, Kassierer.

Berichtigung: In Nr. 38 muß es heißen: Schwaan 3, nicht 8,10 Mk., für die Hauptkaffe.

Verlorene und für ungültig erklärte Mitglieds-Bücher und -Karten.

Table with 5 columns: Buch-Nr., Name des Mitgliedes, Geburtsdatum, Eintrittsdatum, Eingetretene in. Rows for members like John, Siekowski, Schista, Müller, Weir, Erner, Leusch, Kasprzh, Waldemar Weder, Gijche, Vorgenstern, Dalbarj, Rainka, Ronninger, Schultze.

Briefkasten.

S. B. Köh. - Karmeladenfabriken. I. Zu der Post in der Nr. 38 der „Bäder- und Konditorzeitung“ über die Zunahme der Zahl der Karmeladenfabriken während des Krieges ist zu sagen, daß es sich da nur um einen Irrtum handeln kann, wenn diese Post unter die Rubrik „Aus unserer Verasse“ geraten ist. Es ist aber auch möglich, daß der Leser hat an dem unferen gefast hat. 2. Die Karmeladenfabriken gehören schätzenswürdig zum Agrarvermögen des Fabrikarbeitersverbandes. Die Bäder und Konditionen würden es sich auch erlauben, wollte man sie als Karmeladenfabriken anprechen. 3. Du brauchst keine Sorge zu haben, daß man dem Karmeladenfabrikenvermögen alles „abknöpft“. Wir werden uns für, wenn es nötig sein sollte, an wehren wissen.